RomaniPhen e.V.

Karl-Kunger-Str.17
12435 **Berlin**
+49 (0)30/62963083
info@romnja-power.de

Berlin, 10.12.2025

Stellungnahme

Stellungnahme zu den rassistischen Äußerungen des CDU-Abgeordneten Timur Husein und zum Vorfall in der Enquete-Kommission

Wir nehmen mit größter Besorgnis Kenntnis von den rassistischen Äußerungen des CDU-Abgeordneten Dr. Timur Husein sowie von den Vorgängen in der Berliner Enquete-Kommission 'Für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung'.

Zur Verwendung der rassistischen Fremdbezeichnung und den unzureichenden Reaktionen

Dr. Timur Husein hat öffentlich eine rassistische Fremdbezeichnung für unsere Gemeinschaft verwendet und damit nicht nur tief sitzende rassistische Stereotype reproduziert, sondern auch jahrhundertealte Verfolgungsrhetorik bedient. Diese Bezeichnung ist untrennbar mit der systematischen Verfolgung, Entrechtung und Ermordung von 500.000 Sinti*zze und Rom*nja während des Nationalsozialismus verbunden. Den Opfern wurde in Konzentrationslagern der Buchstabe 'Z' in die Haut tätowiert – als Zeichen ihrer Entmenschlichung.

Bis heute hat Husein seinen ursprünglichen Post weder gelöscht noch bearbeitet.

Huseins nachträgliche 'Stellungnahme' ist keine Entschuldigung. Sie zeigt weder Einsicht noch Reue. Stattdessen versucht er, seine diskriminierende Wortwahl zu rechtfertigen und sich als Opfer einer angeblich überzogenen Kritik darzustellen. Er behauptet fälschlicherweise, der Begriff werde als Eigenbezeichnung verwendet, und verharmlost damit die Tragweite seiner Aussage. Das Gegenteil ist der Fall: Die überwältigende Mehrheit der Sinti*zze und Rom*nja lehnt diese Fremdbezeichnung als zutiefst beleidigend und retraumatisierend ab.

Husein hat in seinem Post außerdem unsere Gemeinschaft pauschal als 'illegal' bezeichnet und sie mit 'illegaler Einwanderung' in Verbindung gebracht. Dies stellt eine gefährliche Fortsetzung rassistischer Narrative dar, die Sinti*zze und Rom*nja seit Jahrhunderten als 'nicht dazugehörig' stigmatisieren – obwohl Sinti*zze seit über 600 Jahren in Deutschland leben und Roma in Europa eine jahrhundertealte Geschichte haben.

Zum Vorfall in der Enquete-Kommission

Besonders alarmierend ist der Vorfall in der Berliner Enquete-Kommission vom 5. Dezember 2025. Dort haben Sachverständige aus allen Fraktionen interveniert, Ein CDU- Vertreter sagt aus, er sehe sich 'veranlasst, das zu thematisieren und Konsequenzen zu fordern', nachdem die CDU-Fraktion es versäumt habe, sich 'angemessen zu den rassistischen Äußerungen eines ihrer Mitglieder' zu äußern. Er sprach von einer 'etwas ungewöhnlichen Situation' und kritisierte die fehlende Distanzierung der CDU-Fraktion von den rassistischen Äußerungen gegen Sinti*zze und Rom*nja.

Dies zeigt in aller Deutlichkeit: Die CDU-Fraktion hat versagt. Statt sich klar von rassistischer Hetze zu distanzieren und Konsequenzen zu ziehen, wurde das Thema in der Enquete-Kommission übergangen.

Diese Situation macht deutlich, dass die Enquete-Kommission ihrem eigenen Auftrag – 'Für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung' – nicht gerecht wird, wenn sie nicht einmal in der Lage ist, Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja in den eigenen Reihen zu benennen und zu sanktionieren.

Zur fehlenden Thematisierung des humanitären Bleiberechts

In der Debatte um Huseins Äußerungen wird ein zentraler Aspekt vollständig ignoriert: die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Rom*nja und Sinti*zze als Opfer des NS-Genozids und die daraus resultierende Notwendigkeit eines **humanitären Bleiberechts aufgrund der Verfolgung**.

Die Linken-Politikerin Elif Eralp hat in ihren ursprünglichen Aussagen explizit auf diese historische Verantwortung hingewiesen und sich für ein Bleiberecht für Angehörige unserer Minderheit eingesetzt. Dies ist keine Forderung nach 'illegaler Einwanderung', wie Husein suggeriert, sondern die konsequente Anerkennung der deutschen Verantwortung gegenüber den Nachkommen der Opfer des Porajmos.

Die Unabhängige Kommission gegen Rassismus an Sinti*zze und Rom*nja hat in ihrem Bericht 2021 eindringlich auf die Defizite bei der Asylpolitik hingewiesen, die seit Jahrzehnten zu einer erheblichen Benachteiligung von Rom*nja geführt hat, die in Deutschland Schutz vor Verfolgung, Diskriminierung, Gewalt und Krieg suchen. Der Deutsche Bundestag hat am 14. Dezember 2023 mit breiter Mehrheit (SPD, CDU/CSU, Grüne, FDP) einen Beschluss gefasst, der die historische Verantwortung Deutschlands anerkennt und konkrete Maßnahmen fordert.

Diese Dimension wird in Huseins Stellungnahme und in der gesamten öffentlichen Debatte vollständig ausgeblendet. Stattdessen wird mit populistischen Parolen über 'illegale Einwanderung' und 'Pull-Faktoren' eine Rhetorik bedient, die unsere Gemeinschaft kriminalisiert und die historische Verantwortung Deutschlands negiert.

Unsere Forderungen

1. Eine echte, bedingungslose Entschuldigung von Dr. Timur Husein, die seine Verantwortung anerkennt und nicht weitere Rechtfertigungen enthält. Die Entschuldigung muss auf denselben Plattformen erfolgen, auf denen er seine rassistischen Äußerungen verbreitet hat.

2. Die nachträgliche Löschung oder Bearbeitung seines ursprünglichen Posts auf allen Plattformen, auf denen er noch sichtbar ist, mit einer klaren Distanzierung von seinen rassistischen Aussagen.

3. Den sofortigen Rücktritt von Dr. Husein von seiner Funktion als Sprecher für Antisemitismusbekämpfung der CDU-Fraktion sowie seine Abgabe der Mitgliedschaft in der Enquete-Kommission. Wer eine vom NS-Regime verfolgte Gruppe diskriminiert und keinerlei Einsicht zeigt, ist für diese Aufgaben unwürdig und ungeeignet.

4. Eine klare und unmissverständliche Distanzierung der CDU Berlin und der Bundespartei von den rassistischen Äußerungen ihres Abgeordneten. Die CDU-Fraktion muss öffentlich Position beziehen und darf sich nicht hinter vagen Formulierungen verstecken.

5. Politische und dienstliche Konsequenzen. Die Verwendung von NS-Vokabular und die Verhetzung gegen eine Minderheit müssen Folgen haben. Wir fordern die Prüfung, ob Huseins Äußerungen den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen und ob sie gegen das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) verstoßen.

6. Eine umfassende Auseinandersetzung in der Enquete-Kommission mit Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja in Berlin, einschließlich einer kritischen Reflexion darüber, warum die Kommission zunächst unfähig war, auf rassistische Äußerungen eines eigenen Mitglieds angemessen zu reagieren.

7. Die Umsetzung der Empfehlungen der Unabhängigen Kommission gegen Rassismus an Sinti*zze und Rom*nja und des Bundestagsbeschlusses vom 14. Dezember 2023, insbesondere hinsichtlich der historischen Verantwortung Deutschlands und eines humanitären Bleiberechts für verfolgte Rom*nja.

8. Die Stärkung der Arbeit gegen Rassismus an Sinti*zze und Rom*nja in Berlin, einschließlich einer angemessenen Finanzierung von Beratungsstellen und Selbstorganisationen sowie der konsequenten Verfolgung rassistischer Straftaten gegen unsere Gemeinschaft.

Schlussbemerkung

Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja ist kein Kavaliersdelikt. Er kostet Leben. Vor dem Hintergrund nachweisbarer, stetig anwachsender rassistischer Angriffe gegen unsere Gemeinschaft in Berlin und Deutschland sind solche Aussagen wie die von Timur Husein besonders gefährlich. Sie normalisieren eine Sprache und ein Denken, die unsere Gemeinschaft systematisch entmenschlichen und zu Gewalt ermutigen.

Wir stellen fest: Dies ist keine Entschuldigung, die wir akzeptieren können. Es braucht echte Konsequenzen, echte Verantwortungsübernahme und eine grundlegende Veränderung im Umgang mit Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja – nicht nur in Worten, sondern in Taten.

Die Würde der Sinti*zze und Rom*nja ist unantastbar. Wer sich für den Kampf gegen Diskriminierung engagieren will, muss zunächst die eigene Diskriminierung erkennen und bekämpfen. Bis dahin ist und bleibt Timur Husein für seine Aufgaben in der Enquete-Kommission und als Sprecher für Antisemitismusbekämpfung unwürdig.

Mit solidarischen Grüßen,

RomaniPhen e.V.